

Zu Punkt V

Begründete Feststellung hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung

1. Es wird auf die folgenden Dokumente verwiesen:

D1: EP-A-1 267 557 (LUCENT TECHNOLOGIES INC) 18. Dezember 2002 (2002-12-18)
D2: US-B-6 389 2781 (SINGH MONA) 14. Mai 2002 (2002-05-14)
D3: EP-A-1 087 599 (LUCENT TECHNOLOGIES INC) 28. März 2001 (2001-03-28)
D4: EP-A-1 207 675 (NTT DOCOMO INC) 22. Mai 2002 (2002-05-22)

2. Die vorliegende Anmeldung erfüllt nicht die Erfordernisse des Artikels 33(1) PCT, weil der Gegenstand der unabhängigen Ansprüche 1 und 11 nicht auf einer erfinderischen Tätigkeit im Sinne von Artikel 33(3) beruht.
- 2.1 Das Dokument D1 wird als nächstliegender Stand der Technik gegenüber dem Gegenstand des Anspruchs 1 angesehen. Es offenbart (die Verweise in Klammern beziehen sich auf dieses Dokument):

Ein Verfahren zur Rufweiterleitung, bei dem eine an einem ersten Telekommunikations-Endgerät eingegebene erste Rufnummer, die einem zweiten Endgerät zugewiesen ist, für einen Verbindungsaufbau zum zweiten Endgerät hin verwendet wird und der Ruf am zweiten Endgerät nicht angenommen wird (Sp. 12, Z. 26-37), mit den folgenden Schritten: Es wird die Übermittlung einer die erste Rufnummer enthaltenden Ermittlungsanfrage-Nachricht zur Ermittlung einer alternativen Rufnummer an einen automatischen Telekommunikationsdienst ausgelöst (Sp. 12, Z. 37-41; Sp. 12, Z. 47 - Sp. 13, Z. 2 und Sp. 13, Z. 8-12), der Telekommunikationsdienst ermittelt daraufhin mittels einer elektronisch gespeicherten Zuordnungsvorschrift aus einem elektronischen Verzeichnissystem, welches die erste Rufnummer und eine Vielzahl von weiteren Endgeräten zugewiesenen Rufnummern enthält, eine zweite Rufnummer eines dritten Endgerätes (Sp. 13, Z. 12-38), und es wird die zweite Rufnummer zum Aufbau einer Verbindung zwischen dem ersten und dritten Endgerät verwendet (Sp. 15, Z.

27-35).

Der Gegenstand des Anspruchs 1 unterscheidet sich daher von dem bekannten Rufweiterleitungsverfahren dadurch, daß die Übermittlung der Ermittlungsanfrage **vom ersten Endgerät** ausgelöst wird.

Demgegenüber beschreibt Dokument D1 Szenarien, bei denen die Steuerung des Rufweiterleitungsverfahrens entweder in einer Vermittlungsstelle alleine (Sp. 12, Z. 47-49 und Sp. 15, Z. 36-42) oder unter Einbeziehung eines Service Control Point eines Intelligenten Netzes (Sp. 12, Z. 49-56) erfolgt. Somit ist offensichtlich, daß die zur Abwicklung des Dienstes erforderlichen Schritte auf unterschiedliche Netzkomponenten verteilt sein kann. Für den Fachmann wäre es daher eine naheliegende Maßnahme, ausgehend von einem Verfahren gemäß Dokument D1 die Funktionsverteilung so abzuändern, daß die Übermittlung der Ermittlungsanfrage vom ersten Endgerät ausgelöst wird, ohne dabei einen erforderlichen Schritt auszuführen.

Das in Anspruch 1 der vorliegenden Anmeldung vorgeschlagene Verfahren kann daher nicht als erforderlich betrachtet werden (Artikel 33(3) PCT).

- 2.2 Die gleiche Begründung gilt entsprechend für den unabhängigen Anspruch 11 unter der Berücksichtigung, daß Dokument D1 auch ein dem Verfahren entsprechendes System offenbart (Fig. 1 und 2).

Der Gegenstand des Anspruchs 11 beruht daher ebenfalls nicht auf einer erforderlichen Tätigkeit (Artikel 33(3) PCT).

- 2.3 Der Einwand, daß die Ansprüche 1 und 11 nicht auf einer erforderlichen Tätigkeit beruhen, kann alternativ auch auf der Grundlage der Dokumente D2-D4 begründet werden. Siehe hierzu die im Recherchenbericht angegebenen Textstellen.

3. Die abhängigen Ansprüche 2-10 und 12-15 enthalten keine Merkmale, die in Kombination mit den Merkmalen irgendeines Anspruchs, auf den sie sich beziehen, die Erfordernisse des PCT in bezug auf Neuheit bzw. erforderliche Tätigkeit erfüllen. Anhand des oben zitierten Dokumentes D1, sowie des, dem Fachmann allgemein bekannten Standes der Technik begründet sich dies für die

einzelnen abhängigen Ansprüche wie folgt:

Anspruch 2: Dokument D1 offenbart eine Steuerung des Verfahrens in Reaktion auf Benutzereingaben am Endgerät (Sp. 14, Z. 28-34).

Anspruch 3-5: Die Zuordnung von Attributen zu den Rufnummern und eine Zuordnungsvorschrift, welche diese Attribute bei der Auswahl von alternativen Rufnummern berücksichtigt ist aus Dokument D1 bekannt (Sp. 2, Z. 35-50 und Sp. 13, Z. 16-38).

Anspruch 6: Dokument D1 offenbart einen automatischen Rufaufbau zum Anrufweiterleitungsziel (Sp. 14, Z. 49-54).

Anspruch 7: Eine Übermittlung von Ermittlungsergebnissen an das Endgerät und die Anzeige oder die sprachliche Ausgabe dieser Ergebnisse ist aus Dokument D1 bekannt (Sp. 10, Z. 46-52).

Anspruch 8: Dokument D1 offenbart eine Steuerung des Verbindungsaufbaus zum Rufweiterleitungsziel aufgrund einer Benutzereingabe (Sp. 14, Z. 28-49).

Anspruch 9: Derartige Implementierungen des Dienstes sind aus Dokument D1 bekannt (Fig. 1 und 2).

Anspruch 10: Eine Implementierung des Dienstes und/oder des Verzeichnissystems auf einem Endgerät ist eine für den Fachmann naheliegende Maßnahme und wird z.B. in Dokument D2 offenbart (Ansprüche 25, 26 und 27).

Anspruch 12: Eine Zuordnung der Abfrageeinheit zur Vermittlungsstelle ist aus Dokument D1 bekannt (Sp. 12, Z. 47-56).

Anspruch 13: Dokument D1 offenbart den Verbindungsaufbau zum Weiterleitungsziel in Reaktion auf den Empfang der entsprechenden Rufnummer (Sp. 14, Z. 28 - Sp. 15, Z. 2).

Anspruch 14: Siehe entsprechende Begründung für Anspruch 6.

Anspruch 15: Unterschiedliche Formen der Benutzereingabe sind aus Dokument D1 bekannt (Sp. 10, Z. 46-56).